

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir haben ja unseren Änderungsantrag zurückgezogen. Das war auch formal geboten.

Allerdings ist es schon bemerkenswert wenn wir heute 80.000 € investieren als Ersatz für Stühle auf denen wir durchaus noch einige Jahre sitzen könnten und gleichzeitig die freien Träger jedes Jahr wieder durch Kürzungen unter Druck gesetzt werden. Das zeigt auch eine gewisse Prioritätensetzung. Und Herr Altmaier hat das auch eben ausführlich begründet.

Wenn man sich die Verschuldungssituation unserer Stadt anschaut, dann kann man schon mal graue Haare bekommen, andererseits - wenn ich mir unsere Chefkämmerin anschau (Frau Brockmann-Kneip), dann habe ich da noch Hoffnung, dass doch alles nicht so schlimm ist.

Vor einem Jahr habe ich und wir alle die guten Aussichten der mittelfristigen Finanzplanung gelobt. Diese guten Aussichten sind mittlerweile im dichten Nebel verschwunden. Dies ist nicht Verschulden der Stadt, sondern die Gewerbesteuererträge sind mal wieder eingebrochen, obwohl ich der Meinung bin dass die Verwaltung in der Prognose zwar nicht konservativ aber auch nicht übermäßig optimistische Werte angesetzt hatte ist es doch so, dass der alte Satz von Bert Brecht immer noch gilt: „mach nur einen Plan, sei ein schlauer Wicht, mach noch einen zweiten Plan, gehen tun sie beide nicht.“

Ich möchte noch anfügen: auf Hoher See, vor Gericht und in den kommunalen Finanzbeziehungen sind wir in Gottes Hand.

Wenn wir uns die Unterschiede anschauen zwischen dem Kernhaushalt und den Haushalten der verbundenen Unternehmen können wir dennoch ein wenig aufatmen. Dort gibt es Reserven die es uns erlauben würden Löcher zu stopfen die wir uns selber oder aber die ADD in den Kernhaushalt brennen. Die Hilfe kommt nicht immer in dem Umfang den wir uns gerne wünschen, aber hier und da fällt schon mal ein Almosen ab.

Andererseits ist es auch gut so, dass man nicht mit einer wenn auch sensiblen Gebührenerhöhung bei den Eigenbetrieben z.B. im Abfallbereich andere, defizitäre Bereiche sanieren kann. Einsparnisse und Gewinne in den Gebührenhaushalten sind den Gebührenzahlern wieder zurück zu erstatten! Das ist gesetzlich geregelt. Deshalb war es im letzten Jahr auch für niemanden eine große Überraschung, dass es zu Senkungen gekommen ist, schon gar nicht, nein am allerwenigsten war es ein Verdienst derjenigen die mit dieser Meldung in der Öffentlichkeit versucht haben Wahlkampf zu machen. Letztlich ist dieser Schuss sogar stark nach hinten losgegangen.

An dieser Stelle möchte ich aber auch einen Hinweis geben auf eine andere wichtige Problematik in unserer Stadt: nämlich die Überschuldung der privaten Haushalte. Für die Benchmarkfanatiker unter uns ist es wichtig zu wissen dass Koblenz deutlich über dem Durchschnittswert der Republik liegt, aber auch deutlich über dem Durchschnitt von Rheinland-Pfalz. Für alle anderen sei gesagt, dass eine steigende private Überschuldung direkt korrespondiert mit einer stärkeren Belastung unseres Sozialhaushaltes, auch mit mehr allgemeinen sozialen und sozialräumlichen Problemen in der Stadt. Wir brauchen hier für die Menschen die private wirtschaftliche Schwierigkeiten haben weiterhin eine starke Unterstützung, auch wenn wir uns hier vielfach mit unseren Leistungen – aufgrund der kruden Argumentation der ADD – im freiwilligen Bereich befinden. Meiner Meinung nach ist die Hilfe für Menschen in Not allerdings nicht freiwillig, sondern eine Pflichtaufgabe der Solidargemeinschaft.

Deshalb auch ist eine kluge Wirtschaftsförderung so wichtig und noch mehr Investitionen in Bildung als in den vergangenen zehn Jahren.

Ich habe vor einem Jahr hier an gleicher Stelle den Eckwertebeschluss gelobt.

Am Ende solcher Selbstverpflichtungen kommt es aber immer darauf an und das ist auch für die Öffentlichkeit wichtig zu wissen, wofür eine Mehrheit des Rates bereit ist Geld aus zu geben. Und da gibt es auch im jetzigen Haushalt gute und weniger gute Beispiele, je nach Betrachtungsstandpunkt.

Aber tröstlich ist andererseits auch, dass der Haushalt immer nur eine Momentaufnahme ist, eine die wohlmöglich jetzt nur in den ganz groben Strichen zutrifft, sie ändert sich ständig. Darauf komme ich am Ende noch mal zurück.

Deshalb die Frage, was ist gut gelaufen und was nicht so gut? Und worauf hoffen wir im nächsten Jahr.

Zweifelsfrei gut für unseren Haushalt ist die allgemeine Zinsentwicklung. Es ist gelungen die Belastung zu drücken und es scheint so als ob das Niveau erstmal so bleibt. Aber genau deshalb müssen wir die Konsolidierung weiter verfolgen ohne dabei allerdings blind einfach nur Kosten zu streichen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Weiterführung und die Intensivierung des Verbesserungsmanagements in der Verwaltung. Wir konnten in dieser Woche erfahren, dass Effizienzvorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über 4 Mio. € Einsparungen gebracht haben. Die scheinen schon realisiert zu werden, andererseits wären sie auch ein Pfund für die Verhandlungen mit der ADD.

Ein Erfolg war in diesem Jahr sicher auch die Errichtung des neuen Betriebshofes, den wir im Frühjahr in Betrieb nehmen werden. Mit knapp kalkulierten Gebühren kann man auch nach vorne weisende, große Dinge im beschlossenen Budget (!) auf den Weg bringen. Ein sehr gelungenes Beispiel für die gute und wichtige Arbeit unseres Entsorgungsbetriebes mit dem GF Herr Mannheim.

Leider sind aber auch nicht alle unsere Unternehmen so erfolgreich, sondern brauchen ständig die Unterstützung aus dem Kernhaushalt. Ich denke da nicht nur an das neue Hallenbad. Eine Sache über die wir im Rahmen einer Konsolidierung neu nachdenken sollten, ist die ConlogArena. Die Risiken des Gebäudes tragen wir sowieso, also müssen wir uns jetzt die Frage stellen ob die Vermarktungssituation nicht unter dem gemeinsamen Dach von „Koblenz Kongress“ noch effektiver und ertragreicher stattfinden kann. Aus unserer Sicht kann „Koblenz Kongress“ durch eine noch sehr viel engere Zusammenarbeit z.B. mit der Koblenz Touristik noch stärker aufgestellt werden kann.

Bei der ConlogArena reden wir z.Zt. über eine partielle Modernisierung um die Halle auf Dauer attraktiv zu halten für Kultur und Sport. Was wir aber auch nicht vergessen dürfen für die „Sportstadt Koblenz“ ist die Sanierung des Stadions Oberwerth. Mit dem Charm der 30er Jahre sollten wir schnell brechen, bevor die Toilettenanlagen und die Umkleiden unter Denkmalschutz gestellt werden.

Die begonnene Organisationsentwicklung der Verwaltung hat große Schritte nach vorne gemacht u.a. mit dem auch von uns immer wieder geforderten Zentralen Gebäudemanagement.

Die Verantwortung für die Schulgebäude liegt jetzt beim Zentralen Gebäudemanagement, das im Moment noch ein wenig stottert, aber mittelfristig sicher große Vorteile für die Verwaltungssteuerung mit sich bringt. Ab dem übernächsten Jahr ist es auch so, dass die Aufgaben die bisher die Wohnbau bei der Schulsanierung übernommen hat, auch noch beim ZGM landen. Es ist zu hoffen, dass wir das Modernisierungstempo dann beibehalten können.

Bei der Frage wie unsere Stadt auf die zunehmende Anzahl von zu uns kommenden Flüchtlingen reagiert sind wir einerseits froh, dass es bis jetzt gelungen ist die Menschen dezentral in unserer Stadt unter zu bringen. Diesen Weg favorisieren wir weiterhin und rufen die Koblenzerinnen und Koblenzer auf, freie Wohnungen und Zimmer an Flüchtlinge zu vermieten.

Gleichzeitig sind wir aber auch der Meinung, dass die Stadt im vergangenen Jahr weit hinter ihren Möglichkeiten zurück geblieben ist. Die Gremien wie der AK Asyl oder auch der Beirat für Migration und Integration sind zu wenig in die Erstellung eines tragfähigen Konzeptes eingebunden worden.

Und ein kleines weiteres Beispiel: wir haben es in einem rheinnahen Stadtteil mit Mietverhältnissen für Flüchtlinge zu tun, die so aussehen: 18 qm Zimmer, Küche und Bad Mitbenutzung: 1000€ .

Warum sträubt sich die Stadt denn so vehement, die Mietverträge für die Flüchtlinge zu übernehmen. Dann würden solche skandalösen Zustände nicht möglich sein. Die Flüchtlinge würden von Mietverhandlungen entlastet, die

Stadt würde Geld sparen und diesen unmoralischen Vermietern würde gezeigt werden: so etwas wollen wir in unserer Stadt nicht.

Probleme nur zu verwalten reicht an dieser Stelle nicht. Hier muß mehr getan werden.

Wir wünschen uns eine weltoffene und tolerante Stadt in der die Kompetenzen zählen und nicht die Herkunft. Wir profitieren als Gesellschaft auch jetzt schon ökonomisch von der Zuwanderung. Wir werden unser Wohlstandmodell aber auch nur bewahren können wenn wir noch mehr auf Einwanderung setzen. Ein prosperierendes Koblenz wird bunt und vielfältig sein. Anders geht es nicht.

Wir freuen uns, dass die Pauschalunterstützung für Asylsuchende vom Land im neuen Jahr leicht angehoben wird. Besser wäre für uns sicher eine zeitnahe Spitzabrechnung der Kosten die uns als Stadt entstehen.

Was aber noch wichtiger ist und an der Stelle könnten sehr viele Mittel gespart werden, ist die vom Landtag gestern diskutierte und von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Gesundheitskarte für Flüchtlinge, eben ein unmittelbarer und diskriminierungsfreier Zugang zu Gesundheitsleistungen. Dass wir weiterhin für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes werben, auch in dem Punkt müßten uns die Kämmerer der Städte und Gemeinden folgen und die sogenannte Große Koalition, die mMn. in vielen Fällen eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners ist, unter Druck setzen.

Es ist aus unserer Sicht noch sehr viel zu sagen über die Sprachkurse, die dringend ausgebaut und intensiviert werden müssen. Zum Teil kommen bis zu 10% der SuS ohne deutsche Sprachkenntnisse in die weiterführenden Schulen, Gymnasien sehen sich überhaupt nicht in der Lage den Sprachunterricht an zu bieten und dann kommen die Zuwandererkinder nicht aufs Gymnasium obwohl sie dazu intellektuell in der Lage wären. Es ist gut dass es jetzt Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für solche Kurse gibt - immer noch zu wenig und es ist auch an dieser Stelle nicht nachvollziehbar, warum wir es hier bei der Integrationsunterstützung der Asylbewerber mit sogenannten freiwilligen Leistungen zu tun haben, die potentiell durch die ADD in Frage gestellt werden könnten.

Ausdrücklich loben möchte ich drei Dinge: wenn eine Flüchtlingsfamilie bei uns ist, dann können die Kinder im Vorschulalter unbürokratisch in einen

Kindergarten aufgenommen werden und es muß nicht noch erst die Klärung des Aufenthaltsstatus abgewartet werden, was ja z.T. 1 ½ Jahre dauern kann. Das ist ein vorbildliches Vorgehen des Jugendamtes und fördert auch die Integration der Eltern.

Die zweite Sache ist das Bemühen der Verwaltung um mehr interkulturelle Kompetenz bei den Mitarbeitern. Nachdem wir vor zwei Jahren aus Spargründen die Fortbildungen in dem Bereich gestrichen hatten ist es gut, dass sich die Stadt vermehrt um Auszubildende mit Migrationshintergrund bemüht.

Und drittens das Angebot der Integrationsstelle Wirtschaftsunternehmen bei der Einstellung von Ausländern zu beraten und so dazu beizutragen, dass Vorurteile abgebaut werden. Integration muß in allen Bereichen für uns eine zentrale politische Bedeutung haben.

Deshalb regen wir auch mehr Aktivitäten in diesem Bereich der Wirtschaftsförderung an. Kümmern sie sich noch mehr um die oft gut ausgebildeten Menschen die zu uns kommen, z.B. durch mehrsprachige Internet- und Beratungsangebote.

Und bei der Wirtschaftsförderung wie auch beim Bauen im allgemeinen raten wir zu zwei wesentlichen Dingen. Der eine Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung muß ganz klar auf den Technologien des 21. Jahrhunderts liegen. Wir haben hier in Koblenz mit unserer Hochschullandschaft hervorragende Ausgangsbedingungen diese Zukunftstechnologien ans Laufen zu bringen und wir müssen aufpassen, dass die jungen Unternehmen wenn sie das Technologiezentrum verlassen nicht in andere Städte abwandern, sondern hier in Koblenz dauerhaft Arbeitsplätze schaffen.

Vor allem gilt es aber auch hier den Unistandort Koblenz weiter zu stärken und auch von alten Zöpfen zu befreien. Koblenz ist stark genug für eine eigenständige Universität am Mittelrhein.

Aber Technologie ist zukunftsfähig, wenn sie nicht gleichzeitig auch ökologisch verträglich ist. Den Beweis haben sicher die Ingenieure zu erbringen, aber die Stadt kann sich in dem Bereich stark profilieren indem sie auf die Stadt- und Gewerbegebietsökologie wie auch bei der energetischen Ausrichtung Maßstäbe setzt die den Standort Koblenz attraktiv machen. Gerade mit der

rekommunalisierten „evm“ sind hier Spielräume entstanden die es zu nutzen gilt.

Klinikum: nach der Fusion ist jetzt die Sanierung nicht nur am Kemperhof dringend notwendig. Darauf warten nicht nur die Patienten, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesamtklinikums. In einigen Bereichen haben die baulichen Mängel das erträgliche Maß der Belastung weit überschritten. Damit die Großbaustellen aber am Ende auch reibungslos funktionieren können ist noch eine andere Voraussetzung zu erfüllen, nämlich eine integrierte und auf gegenseitiges Vertrauen aufsetzende Personalentwicklung und -förderung aller derjenigen die in unseren Häusern arbeiten, der PflegerInnen, Krankenschwestern, der Verwaltung und der Ärzteschaft – nur wenn es gelingt ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller Standorte zu entwickeln, erst dann sind wir wirklich gerüstet für die Herausforderungen des Gesundheitsmarktes in den nächsten Dekaden.

Eine große Herausforderung sind auch in Zukunft unsere Brücken. Da müssen wir immer sofort investieren. Wir können die nicht durchgeführten Sanierungen der 80er Jahre nicht auf einen Streich nachholen, strecken die Aufgaben so gut es sicherheitstechnisch geht, müssen aber auch auf den laufenden Verkehr Rücksicht nehmen. Die Staus vor der Europabrücke halten sich eigentlich im Rahmen (außer bei so verrückten Events wie dem verkaufsoffenen Sonntag im November, aber für die Nichtabsprache der Kaufleute in der Innenstadt, Koblenz-Nord und Mülheim-Kärlich können die Brückeningenieure nichts) obwohl die einstimmige Aufforderung des Rates an die Verwaltung aus dem letzten Jahr, nämlich ein gutes P+R Konzept für die Brückensanierungszeit auf den Weg zu bringen, ignoriert wurde – ich vermute ja, dass es zwischen dem Rathaus und dem Hochhaus am Bahnhof ein riesiges Schwarzes Loch gibt, in dem bestimmte Anträge, Aufträge Beschlüsse verschwinden, manchmal aber auch wieder auftauchen, anders kann ich mir das nicht erklären, dass Dinge geplant und durchgesetzt werden, die nicht beschlossen wurden, gegen die es sogar eindeutigen Widerstand gab, andere beschlossene und wichtige Aufgaben werden verschoben oder ignoriert, und dann passiert es auch schon mal dass wenn anstatt einer Rampe eine Treppe

gebaut wird, dann hat wohl der Bauleiter den Plan falsch rum gehalten oder bei der Planung werden die Bürgersteige gleich ganz vergessen. Das holen wir ja heute unter Punkt 17 nach....

Möglichkeiten für Einsparungen gibt es noch sehr viele

- Die Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED. Andere Städte machen es uns seit Jahren vor und sparen schon, während hier im Baudezernat noch Pläne geschmiedet werden.
- Gerade im Energiebereich und auch im ÖPNV haben wir ein Umsetzungsproblem und kein Planungsproblem. Anstatt hunderttausende an Euros für neue Pläne aus zu geben, die uns dann erzählen was wir schon wissen, ist es an der Zeit die Erkenntnisse aus den schon bestehenden Plänen umzusetzen.
- Und dies mit einer breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, nicht erst nach den Beschlüssen, sondern vorher.

Sparen um jeden Preis (!) macht keinen Sinn, hat vielleicht sogar entgegengesetzte Auswirkungen. Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip zeugen nur von Phantasielosigkeit. Zu sagen, wir streichen jetzt einfach mal alle Ausgaben unterhalb von Schwelle X, ist ja an Einfältigkeit nicht mehr zu überbieten.

Übrigens ist es genau diese Einfältigkeit, die ich bei der Erhöhung der Bagatellgrenze durch das Land auf 200.000 € pro Sanierungsvorhaben im Bereich der Schulen kritisiere!

Noch mal zur Erinnerung: um in den „Genuß“ von Zuschüssen und Fördermitteln bei der Sanierung von z.T. 40 Jahre alten Physikräumen zu kommen, muß das zu beantragende Gesamtvorhaben die 200.000 € Grenze überschreiten. Mit *einer* Sanierung *eines* Raumes geht das nicht. Wir packen also mehrere Sanierungsvorhaben in ein Paket um die Grenze zu überspringen. Das macht es für das Land teurer und auch für die Stadt. Von der Abwicklung erst gar nicht zu reden. Schöne Grüsse aus Schilda.

Schluß

Die Versprechen der Großen Koalition in Berlin zur besseren Ausstattung der Kommunen sind kraftlos im Brandenburger Sand stecken geblieben.

Das Land, auf der anderen Seite, hat viel mit sich selbst zu tun.

Deshalb ist es so, dass es für Kommunen unmöglich ist Sicherheit bei den Finanzen zu erlangen. Wir sind Spielball anderer Mächte, bis hin zum internationalen Großbankensystem. Wir können nur jeden Tag unser Bestes geben zum Wohle unserer Stadt und der Menschen die hier wohnen und wir müssen versuchen ständig unser eigenes Tun und auch die getroffenen Beschlüsse zu hinterfragen.

Aber wir geben ja alle die **Hoffnung** nicht auf, was die Finanzierung durch das Land anbetrifft. Vor uns liegen ja paradiesische Zustände:

Es konnte den Schulen, den Schülerinnen und Schülern und den LehrerInnen im Land ja nichts Besseres passieren als dass die Bildungsministerin jetzt Finanzministerin wird! Eine kluge Entscheidung, im wahrsten Sinne des Wortes.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit